

# Sächsische Volkszeitung

Montag, 19. Juli 1920

Preis pro Stück 21.000  
Poststempelkosten: Leipzig Nr. 14707

Wochenausgabe: Dienstagabend in den Wochenschulen oder von der Post abholbar. Ausgabe A mit Wert 10.00 M.  
Ausgabe B 8.65 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus! Ausgabe A 10.05 M. Ausgabe B 9.00 M. —  
Die wöchentliche Zeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Schlußende der Redaktion: 11 Uhr bis 12 Uhr vorne.

Ausgaben: Kaufhaus von Geschäftsbüros ab 10 Uhr, von Sammelmarken ab 11 Uhr vorne. — Gerät für die  
Post-Spedition 1.40 M. im Reformat 1.50 M. — Nur unbedingt gleichzusetzen, sonst durch  
Buchdrucker aufgelegte Unregelmäßigkeiten mit der Gesamtverantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen.

## Das Ende der „Kohlenfrage“!

Von einer hervorragenden führenden wirtschaftspolitischen Persönlichkeit gehen uns über die Entwicklung in Spanien in der Kohlenfrage folgende Ausführungen zu, die uns den allergrößten Begeisterung weiterer Volksstimme wert erscheinen:

Am Abend des 15. Juli vollzog sich in Berlin ein närrisches Schauspiel. Die Unabhängigen demonstrierten in Straßenumzügen für die sofortige Sozialisierung des Bergbaus! Um die gleiche Stunde musste in Spanien das Kohlenabkommen unterzeichnet werden, das keine „Sozialisierung“ im Sinne der Unabhängigen mehr braucht, das vielmehr die Enteignung der deutschen Kohlensiedlung in die Wege leitet!

Die „Kohlenfrage“ ist zu Ende, unsere wirtschaftlichen Leiden aber beginnen jetzt erst. Es soll in nachstehenden Ausführungen versucht werden, eine Darstellung über den Gang der Verhandlungen in der Kohlenfrage und ihr schließlich Ergebnis zu vermitteln. Um die Unterschiede zwischen deutscher Angebot und Ententeforderungen zu erkennen, muß man zunächst hervorheben, daß bezüglich der Menge der zu liefernden Kohlen der Vertrag von Versailles schlecht hin 40 Millionen Tonnen für das Jahr, also etwa 3,5 Millionen Tonnen monatlich fordert. Als die Verhandlungen in Spanien über diesen Punkt begannen, standen die Dinge so: Ententeforderung 2,5 Millionen Tonnen monatlich, deutsches Angebot 1 Million Tonnen monatlich. Die Heraufsetzung der Lieferungsziffer um nicht weniger als eine Million Tonnen gegenüber den Verhältnissen läßt schon erkennen, daß sich die Entente überzeugen möchte, daß die Ansagen des Versailler Dokumentes Unmöglichkeiten, Unerfüllbarkeiten und direkte Ungeheuerlichkeiten enthalten. Tatsächlich war die Differenz zwischen deutschem Angebot und Ententeforderung noch eine sehr erhebliche. Auf deutsche Seite mußte Rücksicht genommen werden auf die gesamte Wirtschafts- und Arbeitslage in Deutschland, die wiederum abhängig war von dem Stande der Arbeitskraft des deutschen Volkes. Für die Beurteilung der deutschen Arbeitsfähigkeit war wiederum der Stand der Ernährungsfrage ausschlaggebend. Unter gewissen Voraussetzungen konnte darum eine Erhöhung der Forderungen zugesagt werden. Das geschah auch, indem deutschesels eine staffelweise Ablieferung bis zu 1.700.000 Tonnen monatlich zugesagt wurde. Die Entente ihrerseits ermäßigte ihre Forderung von 2,5 Millionen Tonnen schließlich auf 2 Millionen Tonnen monatlich, beharrte dann aber unerbittlich bei dieser Ziffer. Noch allergrößter Bedenken hat sich schließlich die deutsche Delegation zur Unterzeichnung einer Forderung von 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich bereit erklärt. Gegenüber dem heutigen Stande werden wir vom 1. August an monatlich nicht weniger als 800.000 Tonnen Kohlen mehr an die Entente zu liefern haben als früher.

Was nun die Bezahlung der Kohlen angeht, so müssen gegenüber Versailles unzweckhaft Verbesserungen festgestellt werden, wenngleich uns die Regelung der Kohlenpreisfrage vom deutschen Standpunkt aus in keiner Weise befriedigen kann. Im Vertrag hatte man für uns aber für die damals auf 3,5 Millionen Tonnen sich beziehende Kohlenmenge pro Monat überhaupt keine Vorschrift vorgegeben. Nach dem deutschen Angebot sollte die Entente und den Weltmarktpreis bewilligen. Bis zur Höhe des Inlandspreises sollte die Anrechnung auf Reparationskonto, das heißt Wiedergutmachungskonto, gelassen. Die Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis sollte in bar, und zwar zur Beschaffung von Lebensmitteln bezogen werden. Um welche Unterschiede es sich dabei handelt, ist dagegen an der Feststellung, daß der Inlandspreis für Kohlen augenscheinlich 230 Mark pro Tonne beträgt, der Weltmarktpreis dagegen etwa 1250 Mark. Dieser deutsche Vorschlag ist von der Entente abgelehnt worden. Die Entente beharrte auf der, bei dem heutigen Zustand der deutschen Mark geradezu außerordentlich wichtigen Bestimmung des Verkäufers Freibetriebsvertrages, wonach Deutschland für alle seine Leistungen nur den deutschen Inlandspreis angerechnet schalte. Diesen Inlandspreis will die Entente ebenfalls auf das Reparationskonto, das heißt Wiedergutmachungskonto verbuchen, also auf dieses Konto anrechnen. Darüber hinaus will sie, jedoch nur für Kohlen von besonderer Qualität, eine Prämie von 5 Goldmark, nach dem heutigen Stande der deutschen Währung etwa 50 Millionen Papiermark, in bar auszuzahlen. Bei einer Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohlen im Monat wird es also um monatlich 100 Millionen Mark handeln, die in bar an uns bezahlt werden, die aber unerreichbar sofort wieder für den Erwerb von Nahrungsmitteln zurückgegeben werden müssen. Über den Inlandspreis und die 5 Mark Goldprämie hinaus — mit diesen beiden Summen wäre für die Tonne Kohlen erst ein Betrag von 280 Mark zu zahlen, dem Weltmarktpreis von 1250 Mark erreicht feind — zieht die Entente für sechs Monate einen Vorschub in Höhe des Unterschiedes des eben genannten Preises und dem Kaufmarktpreis, der entscheidet, für deutsche Kohlen in einem deutschen Hafen oder für englische Kohle in einem englischen Hafen für den Weitertransport bezahlt wird. Alle diese Beträge werden nach den Verträgen bestimmt und zwar wird uns gegenüber nur der jeweils geringere der Ausfuhrpreise sein, das heißt free on board.

frei an Bord, deutscher oder englischer Häfen bezahlt. Um es noch einmal kurz zusammenzufassen: Die Entente wird uns auf das Wiedergutmachungskonto den Inlandspreis für deutsche Kohle in Abrechnung bringen. Sie wird für Kohlen von gewisser Qualität eine Goldprämie von 5 Mark, also 50 Papiermark, in bar bezahlen. Für diese Summe werden wir Lebensmittel bezahlen, und weiter wird bis zur Höhe des Ausfuhrpreises der sich ergebende Betrag vorgeschossen. Diese leichteren Vorschüsse haben das Peinliche, daß sie nicht über das Wiedergutmachungskonto gehen, sondern daß sie wieder in bar deutscher Art zurückgezahlt werden müssen.

Die größten Schwierigkeiten, um die sich tagelang die bewegtesten Auslandsersekungen drehten, betrafen einmal die Frage der Belieferung Deutschlands mit oberösterreichischer Kohle und zum zweiten die Forderung der Entente auf deutscher Anerkennung des Rechts zur Beziehung des Muhrgebietes.

Was die oberösterreichische Angelegenheit betrifft, so hatte die deutsche Delegation vorgebrachten, daß Deutschland von der oberösterreichischen Kohle höchst monatlich eine Menge von mindestens 1,5 Millionen Tonnen einzahle. Über Österreich, das seine Kohle nicht seit Versailles ja keine unmittelbare Verpflichtung mehr hat, erhielten wir monatlich 1,2 Millionen Tonnen Kohle für das deutsche Angestellte beispielhaft der Beziehung der künftigen Kohlensiedlung an die Entente; galt es, einen Anstich zu erhalten. Die Entente hatte die deutsche Forderung nicht abgelehnt, dafür aber alsbald ein Abkommen über die Beziehung der oberösterreichischen Kohle durch eine Kommission getroffen werden soll, in welcher auch Deutschland vertreten sein werde. Damit könnten wir natürlich gar nichts auszuhängen. Um diesen Punkt wurde sehr gekämpft. Wir wollten unbedingt eine bestimmtere und womöglich bindende Zusicherung haben. Lloyd George erklärte auf das Drängen der deutschen Delegation ausdrücklich, daß die Alliierten grundsätzlich die deutsche Auffassung teilen, und daß sie für die Kommission Anweisung geben wollen, für die notwendigen Erfächerungen zu sorgen. Auch damit konnte man sich noch nicht zufrieden geben. Den Deutschen wurde auf ihr Begehrungen ein mit der Unterschrift des Generalsekretärs besetztes authentischer Auszug aus dem Signierprotokoll mit den Ausführungen Lloyd Georges übergeben, wodurch die Festlegung der alliierten Delegationenmitglieder erfolgt war. Aber man muß es aussprechen, daß eine klare Entscheidung in dieser Frage leider nicht getroffen ist. Erst die Umsetzung dieses bei den Alliierten zum Ausdruck gelangten Ausschlusses in die Wirklichkeit wird uns über den Wert der Erräumungen belehren.

Der kritische Punkt bei dieser Kohlenfrage ist der Entwaffnungsfrage vor, aber die Einmarschdrohung der Entente. Es ist ein unfehlbarer Zustand, daß Ruhe nicht nur Deutschlands, sondern von ganz Europa innermost bedrohter Zustand, daß „Friedens“-Politik und in die Friedliche Wirtschaftspolitik unter stetem Säbelrasseln ins Werk gebracht werden soll. Die Einmarschdrohung der Entente ist wiederum in derselben schrecklichen Form, wie bei der Entwaffnungserfrage erfolgt. Nicht erst nach Ablauf der sechs Monate, für welche das Kohlenabkommen geschlossen ist, sondern schon am 15. November 1920 soll militärische Gewalt zur Erzielung der Aufführung des Kohlenabkommen angestellt werden, wenn an diesem Tage für die drei Monate August, September, Oktober nicht die zugesagten sechs Millionen Tonnen Kohlen bis auf das letzte Pfund geliefert sind. Diese Drohmethode ist für die Wiedergutmündung der Welt von großer verherrlicher Wirkung. Kann man denn wirklich in den Kreis der Entente des Glaubens sein, daß ein 60 Millionen-Volk auf die Dauer, wo möglich für die 30 Jahre, für welche die Lieferungsverpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten laufen, unter solchem fortgesetzten Drade gehalten werden kann? Kann man wirklich auf der Gegenseite glauben, daß das Kulturstadt der Deutschen die asiatischen Sklavenhaltermärkte auf die Dauer sich gefallen lassen wird? Es war selbstverständlich, daß deutschesels diese Drohung auf keinen Fall anerkannt werden konnte. Es hat stundenlanger, dramatischer Verhandlungen bedurft, um die Entente zu bestimmen, auf die Unterzeichnung dieses Teiles des Protokolls durch die Deutschen zu verzichten. Es muß anerkannt werden, daß die deutschen Delegierten sich vorstelllich in diesen Dingen gehalten haben. Bei dem Geiste, der aber immer noch auf der Gegenseite herrscht, muß man sehr ernstlich in Zweifel sein, ob praktisch etwas erreicht ist. Die Entente wird, wenn es darauf ankommt, erklären, daß sie für Maßnahmen, die sie für richtig hält, der Zustimmung der Deutschen gar nicht bedürfe. Man darf keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Einmarschdrohung eines Tages wohl gemacht wird, auch ohne deutsche „Anerkennung“ oder formelle Zustimmung.

Aber noch einen anderen, nicht minder schweren Stachel lassen diese Kohlenbestrebungen von Spanien im deutschen Volle zurück. Nach der Anlage zu dem Kohlenabkommen wird in Berlin eine ständige interalliierte Kohlenkommission als Verhandlert der Wiedergutmachungskommission eingerichtet. Wenn auch die Bevölkerung dieser Kommission nicht mehr so weit gehen, wie das anfangs von der Entente geplant war, so zwar, daß ohne „Genehmigung“ dieser Kommission kein Rentner Kohle weder an Industrie noch Private hätte verteilt werden können, so werden diese Kommission doch Rechte eingeräumt, deren Ausübung von ungeheuer einschneidend-

der Bedeutung für das gehörte deutsche Wirtschaftsleben ist. Um es kurz herauszusagen: Diese interalliierte Kohlenkommission in Deutschland wird nichts anderes als eine Bevormundungskommission für das deutsche Wirtschaftsleben sein. Über die materiellen Folgen dieser Einrichtung haben wir uns an dieser Stelle schon ausgesprochen. Es muß aber auch auf den moralischen Einfluß hingewiesen werden. Wir dürfen unsere Augen vor der unhöflich grausamen Tatsache nicht verschließen, daß wir in dieser Kommission einen Oberkontrollleur über das deutsche Wirtschaftsleben und die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, nicht zuletzt aber auch für den deutschen Außenhandel, für die Produkte der deutschen Exportindustrie vor die Kette gelegt erhalten. Damit begeben wir uns bezw. müssen wir uns begeben eingeschlossene Teile unserer wirtschaftlichen Freiheit und Selbstständigkeit. Wir werden nicht mehr die Herren in unserem eigenen Wirtschaftshause sein. Wir müssen uns das mit aller Deutlichkeit klar machen, denn nur die volle Erkenntnis unserer Lage, die auch nach Spanien so vielen unter uns nicht in ihrer lächerlichen, niederschmetternden Schwere zum Bewußtsein gekommen ist, wird uns auf den Weg der einkünftigen Geschlossenheit zu führen vermögen, den uns die Selbstschließung weist. Wie fürchten sehr, daß aus der Tätigkeit einer solchen Kontroll- und Bevormundungskommission die unheilvollsten kampfpolitischen und in Verbindung damit innerstaatlichen Folgen erwachsen werden, die wie heute noch gar nicht in ihrer ganzen Tragweite zu übersehen vermögen. Das ganze Wirtschaftsleben erhält eine Basis und eine Mischung, die völlig und absolute Schrot entgegensteht: derzeitige Grundlage und derzeitige wirtschaftspolitische Richtung ist, die im heutigen Deutschland gelten und auf die gerade die Linksparteien nicht wenig als auf die „Erneuererinnen der Revolution“ stolz sind. Das deutsche Wirtschaftsleben erhält, nachdem sich die Revolutionäre geäußert haben, den deutschen Kapitalismus widerstreitungen zu haben, von einem anderen kapitalistischen Einstieg. Und zwar werden sich von nun an die Entenplätzlichen als die eigentlichsten Feinde des deutschen Wirtschaftslebens und die eigentlichen Herren der deutschen Arbeiterschaft fühlen und anstrengen. Hinter ihnen steht je jederzeit der Entenunterklassen. Man braucht nur diese Lage zu klären, um zu zeigen, welch ungemeine Explosionskrise in ihr steht. Man darf sicher sein, daß gerade von radikaler Seite unablässiger versucht werden wird, die deutsche Arbeiterschaft unter Hinweis auf die oben geschätzten Punkte immerfort in Aufregung, Unruhe und Unzufriedenheit zu halten. Es ist ein dringendes Ziel unterläufiger Gewaltigkeiten, die ungewöhnlichen, jetzt schon vorauszeichnenden Treiberien mit aller Kraft entgegenzutreten. Was jetzt gearbeitet und geschafft wird und was insbesondere an Leistungen den deutschen Bergarbeitern häufig auferlegt wird, geschieht um des Wohles des ganzen Volkes willen.

Hier handelt es sich nicht um Partei, auch nicht um Massenfragen, hier handelt es sich um nichts Größeres, als um die Zukunftfrage für das Vaterland und für das Volk selber. Nur mit dem Geiste der Einigkeit, der Freude und der Opferwilligkeit werden wir die furchtbare Lage zu meistern vermögen. Die Kohlenfrage ist zu Ende, die Zukunft Deutschlands beginnt!

## Zur Zahlung der Frühdruschprämien

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Es ist ein wahres Verhängnis, daß die Provinzierung, die das entstehende Problem für die Regierungen auch anderer Völker ist, von einer Krise zur anderen schreitet. Unsere heimischen Ernten, die ebenso wenig wie die der anderen großen Industriestaaten, für die großen Städte ausgereift haben, sind durch die gewaltige Dürre gerade unter besten Bedenken kleiner geworden; die und gebildeten Felder sind ausgezogen und bedürfen langer Pflege, um wieder das alte Foru zu tragen, das vor dem Krieg auf ihnen wuchs. So muß unter den örtlichen Opfen Mitleid vom Auslande eingeschüchtert werden, um eine entsprechende Ausübung von Industrieerzeugnissen, die allein diese Werte erledigen kann, nicht erwartet zu sein. Trotzdem das Korn bis an die Grenze des Möglichen ausgeschlagen wird, haben wir ein Verlust, das selbst ein so zentrales Volk wie das unsere nur mit Mühe erträgt.

Aber auch dieses Verlust des Leidens und der Not ist aus der kommenden Jahr keineswegs überzeugt. Die Zufriedenheit über See sind allen Gefahren der Seeschiffahrt unterworfen, zu denen häufig noch Arbeitsunruhen treten. Monatelang haben die Hafenarbeiter in Holland gestreikt und alle Transporte nach Deutschland aufgehoben, daran schloß sich der Streik der deutschen Hafenarbeiter. Es schwerend wird auch die Einführung des Achtfundertstages, die gerade in den Schiffsarbeiter besser empfunden wird, weil sachverständiges Personal, Schiffsarbeiter und Hafenarbeiter nicht um die zahlreichen Gewerkschaften aus anderen Berufen herumtreiben können. Der Holländische Transportarbeiterstreik ist kaum beendet, der Streik der deutschen Hafenarbeiter ist eben erst begonnen und schon kommt die Nachfrage aus Argentinien, neben Nordamerika dem für uns wichtigsten Ausfuhrland, daß die Hafenarbeiter kein Betriebe mehr nach Europa verladen wollen, weil der dortige Preispunkt enorm gestiegen ist.

Unter diesen Umständen muß die Reichsnetzwerke, um ihren Bedarf nicht weiter aus laufenden Eingängen decken zu müssen, die in der Unsicherheit ihres Existenzs die Gefahr einer Hungersnot von einem Tage zum anderen bedenktig enthalten, sich Reservebestände schaffen.

Diese Ausgabe wird erschwert durch die Erhöhungsschwierigkeiten, die infolge der Abschaffung Exportzolls speziell dort bestanden haben, aber auch sonst überall gemacht sind. Technische Förderung der Erzeugerbringung durch die Sanierung von Deichshöhe und Arbeit-





## Nachrichten aus Sachsen

**Mit der Herstellung von Postzollangeld in Sachsen** beschäftigte sich Ministerpräsident und Finanzminister Dr. Reinhold und Justizminister Dr. Hartmann in einer Besprechung in Meißen mit dem Verteil der staatlichen Postzollanwendung. Voraussichtlich soll in Sachsen nicht nur Münzgeld aus Porzellan, sondern auch 10- und 20-Markstücke in den Verkehr gebracht werden. Um die Herstellung der Münzen in größerem Umfang durchführen zu können, müssen noch besondere Einrichtungen getroffen werden. Seitens des Reiches war die Herstellung von Postzollangeld für 60 Millionen Mark in Aussicht genommen worden, doch sollte das Geld nur als vorübergehender Notbehelf gelten. Anscheinlich hat die Verteilung der Postzollanwendung nicht die Absicht, folsame und umfangreiche Einrichtungen zu schaffen, die später nicht mehr benötigt werden können.

**Personalnachrichten.** Als Amtshauptmann von Chemnitz ist von der Regierung der früheren Minister des Innern Uhlig abgetreten, da er in Aussicht genommene Dr. Markus die Berufung abgelehnt hat. Als Amtshauptmann von Löbau wurde der, der Demokratischen Partei angehörige Oberregierungsrat Dr. Kunze berufen. Amtshauptmann Geh. Regierungsrat von Polenz, Löbau, verlässt demnächst seinen dortigen Posten und tritt am 1. September d. J. als 1. Rat bei der Kreishauptmannschaft Dresden ein.

Der Leiter der Zweigstelle Sachsen des Reichsverkehrsministeriums, Ministerialdirektor Weheimer hat Dr. Otto, ist in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat als Mitglied berufen worden.

## Aus Dresden

\* Lebensmittelarbeitsleistung für die Stadt Dresden siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

\* **Zum Anschluß an die Lebensmittelunruhen** haben eine Anzahl Vorstandsmitglieder des Dresdner Bürgerrates und Vertreter des Handels Herrn Oberbürgermeister Blücher die nachstehenden Forderungen überreicht: 1. Sofortige Zurückziehung der an Nichtbeamte erstellten Vollmachten, irgendeuelle amtliche Funktionen ausüben zu dürfen. 2. Für solotrichen aufzutreibendes Schäg, für Aufrechterhaltung des nothwendigen Geschäftsbetriebes zu sorgen im Interesse der Geschäftsinhaber und Angestellten, sowie der gesamten Bevölkerung. 3. Das Mahnzeugen getroffen werden, die bis jetzt Geschädigten zu entschädigen. Sollte dieser Forderungen nicht entsprochen werden, so machen wir darauf aufmerksam, daß der Stille besteht, im Einvernehmen mit der Arbeitnehmerseite den Geschäftsbetrieb solange still zu legen, bis seine Sicherheit durch die Behörden unbedingt gewährleistet ist.

## Kirchliches

### Kardinal Pfeiff über die Lage der Katholiken in Deutsch-Oesterreich

Im Wiener Vorort Mödling wurde am Sonntag, den 11. Juli eine Katholikenversammlung abgehalten, an der auch der Erzbischof von Wien, Kardinal Pfeiff, teilnahm und in eindrücklicher Weise auf die Gefahren der deutsch-österreichischen Verfassung hinnahm. Er führte u. a. aus: Wir sind als Katholiken heute hier versammelt,

## 3. Deutscher Katholikentag Leipzig 24. bis 26. September 1920.

Der Wohnungsausschuß bittet die Leipziger Glaubensgenossen um Anmeldung von Wohnungen, und die auswärtigen Teilnehmer um rechtzeitige Bestellung von Unterkunft.

Der Finanzausschuß bittet sowohl die Leipziger, als auch die auswärtigen Glaubensgenossen um recht baldige Bestellung der Teilnehmerkarten. Der Preis hierfür beträgt Mk. 3.— pro Person. Außerdem werden zur Deckung der hohen Unkosten eine Anzahl reservierte Plätze zum Preise von Mk. 5.—, 3.— und 2.— bereit gehalten.

Die Anmeldungen an die beiden Ausschüsse sind getrennt einzureichen und werden bis spätestens 15. August erbeten.

Teilnehmerkarten und reservierte Plätze können auf der Zahlkarte bestellt werden.

### Der Finanz-Ausschuß

Dr. jur. H. Beckmann, Leipzig, Reichstr. 47  
Postcheck-Konto Leipzig Nr. 62856.

### Der Wohnungs-Ausschuß

Georg Strieder jun.  
Leipzig-Eutritsch. (1805)

## Bücherrevisor Otto Saenger

Weinböhla, Albertstraße 9 | 1414  
empfiehlt sich zur Neuauflage und Regulierung der Bücher Inventuraufnahmen mit Bilanz, Gewinne und Verlust, Kontos, speziell für Steuererklärungen, Bücherrevisionen, Ausführung außergerichtlicher Vergleiche und Moratorien, sowie aller in das laufmännische Fach fallenden schwierigsten Nebelten.

Auch stundenweises Weiterführen der Bücher.

## Restaurant Amalienschänke

Dresden-A., Amalienstraße 24  
Vorzügliche Küche — fr. Plätzen Quelle. Adam Mayer.

Druck von

## Massenauflagen

Zeitungsbücher, Flugblätter, Anschläge

einf- und zweifarbig, in Flach- oder Rotationsdruck, liefert schnell u. preiswert

Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.,  
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46 :: Fernspr. 21366

mehr. Wenn uns auch als solche die leidige Tagesspolitik nicht direkt berührt, beschreien uns doch auf das Gewaltigste die Fragen der Verfassung. Denn in der Verfassung soll tief und sehr verankert sein, was uns Katholiken heilig ist, in ihr soll verankert sein als Grundsicherung der Katholiken, die Freiheit der katholischen Kirche und des katholischen Bekenntnisses und die Grundlagen des von uns Segnern immer wieder vielgeschmähten christlich-germanischen Kulturreichs. Wenn wir den Verfassungswurf betrachten, welchen die Gegner vor wenigen Wochen des öffentlich vorlegten, dann wird auch den schärfsten Katholiken der Schlaf vergessen, dann werden auch sie sehen, worum es sich hierbei handelt und wie tief demütigend wir Katholiken darin behandelt sind. Aus Schule und Chor soll der katholische Einfluss vollständig verschwinden. Den göttlichen Kindesruh will man jetzt aus der Schule vertreiben, und die Chor aus dem jenseitigen Boden der Sakramente entwurzelt und in einen Sumpfbothen verplant werden, damit aus ihr Bielmeierei und Dienstnutz werde. Da erscheinen uns wichtige Aufgaben. Wir haben den Weltkrieg verloren, aber nicht in offener Feldschlacht sind wir Westerreich besiegt worden, sondern durch innere Untreue. Wie werden wieder aufrichten können, aber nur dann, wenn wir als Katholiken nicht im Kampfe der Geister unterliegen. Deshalb ist es Ihre Pflicht, von hier aus als Apostel heimzugehen, um in jedes Haus die Munde zu bringen, daß die katholischen Kulturgüter in höchster Gefahr sind und daß jeder Katholik erwachen und sich in unsere Reihen stellen muss, um einem Kampf entgegenzugehen, der uns aufgedrängt worden ist für die Freiheit unserer Kirche und unseres katholischen Bekenntnisses.“ Die Worte des Oberhaupten wurden mit Begeisterung aufgenommen. (Augsburger Postzeitung.)

## Erichung einer ungarischen Gesandtschaft beim Vatikan

Aus Budapest wird gemeldet: Der ehemalige Minister des Neuen Graf Sommisch ist mit der Zeitung der beim Vatikan zu errichtenden ungarischen Gesandtschaft betraut worden.

## Eingesandt

(Für diese Rubrik trägt die Redaktion nur die preußische Verantwortung.)

„Der Welt der Denker“, wie ihn du auch in großen Zeiten noch so nennst! Oberstlehrer in Bautzen vom 15. bis zum 18. Juli. Plakate an den Litschhäulen, große Tafeln auf den Plätzen in den Schlesischen Städten weiß und gelb. Aufzüge in den Zeitungen von Fest- und Ehrenauskünften unterzeichnet. Der Ehrenausschluß besteht aus den Spielen der Behörden und Körperschaften. Es ist eine Veranstaltung: Versammlung in der „Krone“. Größter Saal in Bautzen. Angeführter Redner Dr. Herder mit dem Vortrage: „Oberstlehrer die deutsc̄e Schulefrage“. In der berichtigten Erwartung, daß das eine Massakerveranstaltung werden wird, eine Stunde der eindringlichen Viele zum gemeinsamen Beterlande oder nichts mehr geben — der banger Sorge, wie ohne Oberstlehrer Deutschland sich nähren und wärmen würde, mahnt die Einladung plötzlich doch zu sein. Nach Beginn der Meile wurde sofort der Saal geschlossen.

Und — der Saal war zu einem Bierstiel leer. Man ließ die Oberstlehrer ihre Sache allein machen.

Wo waren die Bautzener Bürger? War es nicht Pflicht der Sachsen, ihren deutschen Landsleuten, auch Oberstlehrer, schon bei dieser Veranstaltung ermunternd zur Seite zu sein?

Wo waren die im Ehrenausschuß nachgezählten Vertreter der Behörden und Körperschaften? Wenn sie alle anwesend waren, warum waren sie nicht an hervorgehobenen Plätzen, warum zeigten sie sich nicht? Der Abend machte den Eindruck ostentativer Teilnahmebereitschaft der Stadt.

Es war in Bautzen wirklich so verstaubt- und gewünscht, daß die Oberstlehrerfrage fast lädt über wollte man Leute und Ruhm nicht von einem Zentrumsmann und Katholiken annehmen? Dr. J.

Berantwortlich für den revolutionären Teil ist Berthold Köring für den Intendanten: Walter Schröder. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden

## Sport

### Voraussagen

Grunewald, 20. Juli 8 Uhr nachm. 1. Offensive, Liebarts; 2. Armenier, Friedenssturm; 3. Eiders Glorie, Marmota; 4. Raspini, Chacodon; 6. Om. g. Spero; 7. Lucifer, Tarab.

## Dresdner Kurse vom 19. Juli 1920

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

Deutsche Staatspapiere	Papier- und Photo-Aktien
3 Reichsanleihe 61,000	10 Chromo Altenburg —
3 do. 61,500	12 Dr. Chromo Kunstd. 224,000
4 do. 70,000	18 Ernemann 224,760
5 do. 79,000	19 Ica, A.-G. 175,750
8 Sparaktienanleihe, 88,000	20 Hasseröder Papierf. 228,000
8 Sachs. Rente 59,000	Bräuerei-Aktien
Stadt-Anteilen, Pfand- und Hypotheken-Briefe	8 Jürgens 140,000
3 1/2, Dresden von 1875/95, 00,000	18 Erste Kulmbacher 262,000
4 do. 1900/03 94,750	6 Petz-Bräu 187,000
4 do. 1918/18 92,500	Verschiedene Industrie-Aktien
4 Chemnitzer v. 1908 92,000	0 Zimmermann 185,000
3 Lausitzer Pfandbr. 81,000	10 H. & A. Fischer 295,000
3 1/2, do. —	40 Faradit 365,000
3 1/2, Lausitzer Kreditbr. —	20 Germania 187,500
4 do. do. —	16 Großen. Webstuhl 230,000
Bank-Aktien	6 Lauchhammer 288,000
9 Ades-Aktien 150,000	12 Sachs. Gußstahl 300,000
9 Chmn. Bank-Verein 140,500	8 Hartmann 231,000
Commers u. Priv. 151,750	6 Sondermann & Stier
12 Deutsche Bank 260,000	
9 Dresdner Bank 164,000	
7 1/2, Löbauer Bank 158,000	
2 1/2, Sachsenbank 187,250	

## Tymians Thalia - Theater

Anfang 1/2 Uhr

Täglich der Rissenschläger: „Dresden hat Fitz“ [10]

Sonntags 2 Vorstellungen: 1/2, 4 und 1/2, 8 Uhr

Kaffee Kakao	
täglich frisch geröstet	garantiert rein
26.— (solange Vorrat)	16.—
28.—	18.—
30.— bis 36.—	20.— bis 24.—
Gerstenkaffee Mark 4.30	: Malzkaffee Mark 6.30
Preiswerte Deutsche Schokoladen Mk. 6.— die Tafel	
Alfred Klemm, Kaffeerösterei, Webergasse 39	
Groß- und Kleinhandel	[1445]

Maciejewski, Dentist
104
Racknitzstraße 16, I. Ecke Moszinskystraße
Sprechstunden 9—1, 3—5. Fernsprecher 10616.
Zahnoperationen für Unbenötigte unentgeltlich!

## Amtliche Bekanntmachungen

### Margarine-Verteilung

Freitag den 23. und Sonnabend den 24. Juli 1920

wird beliefert:

a) die angemeldete Landeskettart der Stadt Dresden

1/2 Q mit 90 g Margarine.

b) der angemeldete Butterbeschlag für Großverbraucher

mit 50 v. H. mit Margarine. [1448]

Der Kleinhandelskunde beträgt für 90 g Margarine 2,05.

für ein Pfund 14,20 M. — Vorzeitige Abgabe ist strafbar.

Dresden, am 17. Juli 1920. Der Rat zu Dresden.

## Bautzen

### Bestandsanzeige von Weißmehl von seitens der Bäcker

Auf Anordnung des Landeslebensmittelamtes sind die bei den Bäckern am 15. Juli ds. J. vorhanden gewesenen Bestände an Weißmehl, welche diese von seitens ihrer Verbände zum Preise von 275 M für 100 kg erhalten haben, festzustellen.

Es kommt also nicht eine Menge in Frage, welches vom Konsumentenverbund überwiegen werden ist.

Die Bäcker wollen die Anzeige über die Bestände auf Postkarte innerhalb drei Tagen nach Erscheinen dieser Bekanntmachung erstatten.

Sowohl die Bäcker der Stadt Bautzen in Frage kommen, ist die Anzeige an den Stadtrat Bautzen einzureichen.

Bautzen, am 17. Juli 1920.

Kommunalverband Bautzen Stadt und Land.